




## Änderung des RFNP, Teil B der Begründung: Umweltbericht

Änderung-Nr.:	19 HER	Gemeinde:	Herne	Lage:	Jürgens Hof	Flächengröße:	8,8 ha
Realnutzung:	Wohnbauflächen Gewerbliche Bauflächen (ASB) Gemeinbedarfsflächen Spiel- und Sportanlagen Grünflächen Sonstige Verkehrsflächen	0,5 ha  1,2 ha 2,4 ha 0,3 ha 4,2 ha 0,2 ha	RFNP-Darstellung:	Gemeinbedarfsflächen / Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB)	8,8 ha	RFNP-Änderung Vorentwurf:	Wohnbauflächen / Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) 8,8 ha
Ausschnitt Realnutzungskartierung M 1:25.000			Ausschnitt RFNP M 1:25.000		Ausschnitt RFNP-Änderung M 1:25.000		
							
Veranlassung, Methodik	<p>Die Umweltprüfung erfolgt entsprechend der für den RFNP anzuwendenden rechtlichen Vorgaben des Baugesetzbuches und des Landesplanungsgesetzes (LPIG). Des Weiteren sind für die Umweltprüfung die Planverordnung zum LPIG und entsprechende umweltrelevante Fachgesetze anzuwenden.</p> <p>Gegenstand der Umweltprüfung ist die Ermittlung und Beschreibung der voraussichtlich erheblichen Umweltauswirkungen auf die Schutzgüter sowie weiteren Umweltbelange durch die Darstellungen und Festlegungen der vorgesehenen RFNP-Änderung. Hierbei ist der Umweltzustand, seine Entwicklung bei Nichtdurchführung sowie bei Durchführung der Planung einschließlich Alternativen bzw. anderweitige Planungsmöglichkeiten zu beurteilen. Die Verpflichtung zur Berücksichtigung von Vermeidung und Ausgleich von Eingriffen in Natur und Landschaft (Eingriffsregelung nach dem Bundesnaturschutzgesetz) gemäß § 1 a Abs. 3 BauGB wird in die Umweltprüfung integriert, ebenso wie die Überprüfung relevanter weiterer Umweltbelange (z.B. FFH- und Artenschutz, Seveso II etc.).</p> <p>Die Umweltprüfung der vorliegenden Änderung des RFNP erfolgt auf der Grundlage einheitlicher Bewertungskriterien und Datengrundlagen, die im Rahmen der Aufstellung des RFNP entwickelt und bei Bedarf fortgeschrieben werden. Die Inhalte und Ergebnisse der Umweltprüfung werden in</p>						

	<p>diesem Umweltbericht, der Bestandteil der Begründung zur RFNP-Änderung ist, steckbriefartig dokumentiert.</p> <p>Der Untersuchungsrahmen bzw. -umfang der Umweltprüfung und der Detaillierungsgrad der Umweltprüfung sind gemäß § 15 (3) Landesplanungsgesetz (LPIG a. F.) und gleichartig gem. § 12 LPIG n. F. nach § 9 ROG festzulegen. Hierbei sind die öffentlichen Stellen, deren umwelt- und gesundheitsbezogener Aufgabenbereich von den Umweltauswirkungen des Raumordnungsplans berührt werden kann, zu beteiligen. Analog sind gemäß § 4 (1) Baugesetzbuch (BauGB) die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zu Äußerung im Hinblick auf den erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung aufzufordern.</p> <p>Auf Grundlage dieser rechtlichen Vorgaben und zur möglichst frühzeitigen Einbindung des externen Sachverständigen in den Planungsprozess wird das sog. Scoping zur o. g. Änderung Nr. 19HER des Regionalen Flächennutzungsplanes im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung durchgeführt. Die der vorliegenden Umweltprüfung zugrunde gelegten Bewertungskriterien und Datengrundlagen sind der Checkliste der gesonderten Anlage „Scoping“ Änderungsverfahren RFNP Nr.: 19HER zu entnehmen</p> <p>Zur Vorbereitung der Umweltprüfung wurde ein sog. Scoping zur Abstimmung des Umfangs und des Detaillierungsgrades der Umweltprüfung mit den Behörden und den sonstigen Trägern öffentlicher Belange sowie Personen des Privatrechts durchgeführt (schriftlich in Zeitraum vom 03.02. bis 03.03.2014). Die hier gegebenen Anregungen haben - soweit sinnvoll und möglich - Eingang in die Umweltprüfung bezüglich des Untersuchungsrahmens bzw. -umfangs sowie bei der Festlegung des Untersuchungsraumes gefunden.</p> <p>Der Untersuchungsraum umfasst die Änderungsfläche sowie das Umfeld, je nach Relevanz für die jeweiligen Schutzgüter bis zu einer Entfernung von 1.600 m.</p>		
<b>Beschreibung des Vorhabens</b>	<p>Der Änderungsbereich ist im wirksamen Regionalen Flächennutzungsplan (RFNP) bislang als Gemeinbedarfsfläche Bildung / Allgemeiner Siedlungsbereich dargestellt. Er umfasst die Standorte einer Hauptschule, einer Grundschule und eines Sportplatzes sowie einen Teilstandort einer Behindertenwerkstatt.</p> <p>Im Rahmen einer planerischen Gesamtkonzeption für den Stadtteil Horsthausen werden die Grundschule und der Sportplatz aufgegeben. Für diesen ca. 3,1 ha großen Teilbereich ist die Entwicklung eines attraktiven Wohngebiets mit großzügig bemessenen Freiflächen vorgesehen.</p> <p>Mit einer Änderung lediglich des für die Wohnbebauung vorgesehenen zentralen Teils der im RFNP dargestellten Gemeinbedarfsfläche würden zwei isolierte Gemeinbedarfsflächen in der Plandarstellung verbleiben, deren Flächengröße jeweils deutlich unterhalb der Regeldarstellungsschwelle des RFNP läge. Um dies zu vermeiden, soll mit der Änderung der gesamte bislang als Gemeinbedarfsfläche dargestellte Bereich flächennutzungsplanerisch geändert und künftig insgesamt als Wohnbaufläche dargestellt werden. Die Aufstellung eines Bebauungsplans erfolgt zeitgleich..</p>		
<b>Ziele des Umweltschutzes</b>	<p>In Kapitel 3 des Umweltberichtes zum RFNP (i. d. F. der Bekanntmachung) sind die wesentlichen umweltrelevanten Zielvorgaben beschrieben, die auch für die Änderungen des RFNP von Belang sind. Zusätzlich zu den in Kap. 3 des Umweltberichtes genannten Zielvorgaben ist gemäß §1a (5) BauGB, geändert aufgrund des Gesetzes zur Förderung des Klimaschutzes bei der Entwicklung in den Städten und Gemeinden vom 22. Juli 2011, den Erfordernissen des Klimaschutzes und der Anpassung an den Klimawandel Rechnung zu tragen. Die Ziele des Umweltschutzes haben im Rahmen der folgenden Schutzgutprüfung Eingang in die Bewertungskriterien und Beurteilungsgrundlagen gefunden.</p>		
<b>Schutzgüter</b>	<b>Ist-Zustand der Umwelt Bestand</b>	<b>Auswirkungen der Planung Planung</b>	<b>Bewertung der Umwelt-auswirkungen</b>
<b>Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt, Landschaft</b>	<p>BSN / BSLE-Darstellungen des RFNP (Landschaftsrahmenplan): Kein BSN / BSLE betroffen</p> <p>Darstellungen des Landschaftsplans: Landschaftsplan nicht betroffen</p> <p>Schutzstatus: Kein Schutzstatus</p>	<p>Keine Auswirkungen</p> <p>Keine Auswirkungen</p> <p>Keine Auswirkungen</p>	nicht erheblich

	<p>Biotopverbund: Keine Biotopverbundfläche; Biotopverbundfläche mit besonderer Bedeutung (Stufe 2) (VB-A-4409-011) grenzt im Norden unmittelbar an</p> <p>Planungsrelevante Arten: Die Biologische Station östliches Ruhrgebiet hat im Juli 2014 eine artenschutzrechtliche Vorprüfung (ASP I) durchgeführt. Der Gutachter kommt zu dem Ergebnis, dass für das Vorkommen planungsrelevanter Arten im Untersuchungsgebiet keine konkreten Hinweise vorliegen. Das Plangebiet bietet für wenige Arten (Teich-, Zwerg-, Wasser- und Rauhaufledermaus, Sperber, Mehlschwalbe, Waldkauz) Lebensraumpotential, eine Gefährdung lokaler Populationen dieser Arten ist bei den in Frage kommenden Nutzungsänderungen nicht plausibel.</p> <p>Wald: am nördlichen Rand des Änderungsbereiches vorhanden; im Forsteinrichtungswerk erfasst</p> <p>Ökologisches Potential: Gehölzbestände große Bedeutung; Schule (Grünflächen) mittlere Bedeutung; Bauflächen, Sportplatz und Schule (Gebäude und versiegelte Flächen) geringe bis sehr geringe Bedeutung</p> <p>Grünzüge und kommunaler Freiflächenverbund:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Unzerschnittene Räume (LANUV): Nicht betroffen</li> <li>- Regionaler Grünzug im RFNP: Nicht betroffen</li> <li>- Kulisse Emscher Landschaftspark 2010: Nicht betroffen</li> <li>- Kulisse Masterplan emscherzukunft: Nicht betroffen</li> <li>- kommunaler Freiflächenverbund / Freiraumentwicklungskonzepte: Fläche grenzt direkt an Maßnahmen-schwerpunkt "Flächenkomplex Werderstraße / Horsthauser Straße / Fischergraben" des Stadtökologischen Beitrages</li> </ul> <p>Ausgleichsflächen: Nicht betroffen</p> <p>Landschaftsbild: Landschaftsbildprägend ist der Wald im Norden und die den Sportplatz einrahmende Gehölzkulisse sowie die gehölzbestandenen Grünflächen auf dem Schulgelände</p> <p>Erholung: Sportplatz Erholungsschwerpunkt</p>	<p>Keine Auswirkungen</p> <p>Sofern bestimmte Zeiten (außerhalb der Brutzeiten der Vögel bzw. der Sommerquartierzeiten der Fledermäuse) für den Abriss von Gebäuden bzw. das Fällen von Bäumen eingehalten werden sind keine Auswirkungen zu erwarten. Sofern andere Zeiten für mögliche Eingriffe gewählt werden, sind objekt- und artbezogene, fachgerechte Ergänzungsuntersuchungen (ASP 2) im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung durchzuführen.</p> <p>Auswirkungen möglich: in verbindlicher Bauleitplanung zu berücksichtigen</p> <p>Verlust von Flächen mit großer oder mittlerer ökologischer Bedeutung möglich; Maßnahmen zur Konfliktminderung (z. B. Erhalt bzw. Neuschaffung von Gehölz- / Grünstrukturen) sind im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung zu prüfen.</p> <p>Keine Auswirkungen Keine Auswirkungen Keine Auswirkungen Keine Auswirkungen</p> <p>Maßnahmen zur Anbindung an den benachbarten Freiraum (z. B. Anlage von Fuß-/Radwegen; Erhalt eines bebauungsfreien Bereiches zur Renaturierung des Fischergrabens) sind im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung zu prüfen</p> <p>Keine Auswirkungen</p> <p>Verlust von Wald und Gehölz-/ Grünstrukturen möglich; Maßnahmen zur Konfliktminderung durch Erhalt bzw. Neuschaffung von Gehölz-/Grünstrukturen sind im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung zur prüfen</p> <p>Verlust einer Schwerpunktfäche für die Erholung (Sportplatz); Maßnahmen zur Schaffung von Erholungsflächen (z. B. Rad-/Fußwege) sind im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung zu prüfen</p>	
<b>Fazit</b>	<p>Auswirkungen auf das ökologische Potential, das Landschaftsbild und die Erholungsnutzung sind wahrscheinlich, auf planungsrelevante Arten möglich. Durch Minderungs-/Ausgleichsmaßnahmen können die Auswirkungen minimiert werden.</p>		

<b>Boden</b>	<p>Bodenschutzklausel: Der Änderungsbereich ist baulich genutzt bzw. anderweitig antropogen überformt. Der Versiegelungsgrad beträgt - einschließlich Sportplatz - ca. 40 %.</p> <p>Schutzwürdige Böden: nicht vorhanden</p> <p>Bodenbelastungen: Im Bereich des Sportplatzes und der Grundschule befinden sich angeschüttete Böden unbekannter Herkunft. Der Boden im Bereich der Grundschule wurde untersucht, dabei wurde festgestellt, dass Teilflächen mit kokereispezifischen Stoffen belastet sind, die durch Abdeckung mit sauberem Boden gesichert wurden. Durch die geplante Änderung der planerischen Vorgaben ist auch Bereich des Sportplatzes untersucht worden, und es wurden ebenfalls hochgradig mit kokereispezifischen Stoffen belastete Böden vorgefunden.</p> <p>Sonstiges: keine Hinweise auf Methanausgasungen oder Schachtschutzbereiche</p> <p>Schutzwürdige Geotope: nicht vorhanden</p>	<p>Im Bebauungsplanverfahren ist darauf zu achten, dass möglichst wenig Freiflächen versiegelt und somit die natürlichen Bodenfunktionen erhalten bleiben oder wiederhergestellt werden.</p> <p>keine Auswirkungen</p> <p>Vor einer Neunutzung der Fläche sind weitere Untersuchungen durchzuführen. Es ist davon auszugehen, dass umfangreiche Sicherungs- und Sanierungsmassnahmen erforderlich sind.</p> <p>keine Auswirkungen</p>	erheblich
<b>Fazit</b>	Durch die notwendigen Sanierungsarbeiten und die Entsiegelung des Sportplatzes kann die Bodenfunktion verbessert werden. Dem stehen jedoch mögliche negative Auswirkungen durch zusätzliche Versiegelung gegenüber.		
<b>Wasser</b>	<p>Oberflächengewässer: Im Änderungsbereich sind keine Oberflächengewässer vorhanden. Nördlich angrenzend befindet sich in einem tiefen Einschnitt der Grundwasservorfluter Fischergraben, der z.Z. auch noch Abwasser aufnimmt. Der Bau eines Parallelkanals ist vorgesehen.</p> <p>Quellgebiete: nicht vorhanden</p> <p>Trinkwasser- /Heilquellenschutzgebiet: nicht vorhanden</p> <p>festgesetztes Überschwemmungsgebiet: nicht vorhanden</p> <p>Hochwasserrisiken, Risikogebiete: Für den Fischergraben liegen Entwürfe für Hochwasserrisiko- und -gefahrenkarten vor. Demnach besteht für den Änderungsbereichs kein Überschwemmungsrisiko.</p> <p>Nicht festgesetztes Überschwemmungsgebiet HQ100: nicht vorhanden</p> <p>Überschwemmungsbereich Ruhr (HQ200): nicht relevant</p> <p>Potentieller Überflutungsbereich der Emscher (HW200): nicht</p>	<p>Die Einleitung von Niederschlagswasser aus dem neuen Baugebiet ist im nachgelagerten Bebauungsplanverfahren zu prüfen.</p> <p>keine Auswirkungen</p> <p>keine Auswirkungen</p> <p>keine Auswirkungen</p> <p>keine Auswirkungen</p> <p>keine Auswirkungen</p> <p>keine Auswirkungen</p> <p>keine Auswirkungen</p>	nicht erheblich



	<p>relevant</p> <p>Einflussnahme auf GW-Haushalt: Der Änderungsbereich ist zu ca. 40 % versiegelt, z.Z. existiert kein ausgeprägter oberflächennaher Grundwasserhorizont.</p> <p>mittlerer GW-Abstand: Der mittlere Grundwasserflurabstand ist &gt; 3 m.</p>	<p>Durch die geplante Bebauung werden voraussichtlich zusätzliche Flächen versiegelt. Im nachgelagerten Bebauungsplanverfahren ist deshalb gutachterlich zu prüfen, ob das Niederschlagswasser versickert oder in den Fischergraben eingeleitet werden kann.</p> <p>Eine Verbesserung der GW-Situation ist im Falle einer Versickerung möglich.</p>	
<b>Fazit</b>	Durch eine Versickerung von Niederschlagswasser bzw. dessen Einleitung in den Fischergraben kann ein Beitrag zur nachhaltigen Gewässerbewirtschaftung geleistet werden. Dem stehen jedoch mögliche negative Auswirkungen durch zusätzliche Versiegelung gegenüber.		
<b>Luft</b>	<p>lufthygienische Belastungsschwerpunkte: kein Belastungsschwerpunkt</p> <p>Einschätzung lufthygienische Gesamtsituation: Bereich mit städtischer Hintergrundbelastung. Die nördlich verlaufende A42 stellt eine Emissionsquelle für Feinstaub und Stickstoffdioxid dar. Der Abstand ist ausreichend groß (&gt; 150 m), um eine direkte PM10-Belastung auszuschließen. Eine geringfügige Erhöhung der NO2-Belastung gegenüber dem umgebenden städtischen Hintergrund ist allerdings nicht auszuschließen.</p> <p>Durchlüftungsverhältnisse: keine Besonderheiten</p>	<p>keine Auswirkungen</p> <p>zusätzliche Emissionen aus Gebäudebeheizung und Anliegerverkehr</p> <p>keine Auswirkungen</p>	nicht erheblich
<b>Fazit</b>	Die Planung wird zu einer (geringfügigen) Erhöhung an luftverunreinigenden Emissionen durch Gebäudeheizung und Anliegerverkehr führen; dem steht jedoch eine Abnahme des Verkehrs gegenüber, der durch die Grundschule und den Sportplatz erzeugt wurde. Insgesamt ergibt sich keine Änderung der Belastungssituation (städtischer Hintergrund).		
<b>Klima</b>	<p>Last- und Ausgleichsräume: Lastraum</p> <p>Klimatope und deren Eigenschaften: Stadtrandklima</p> <p>Klimadynamik / Luftaustauschprozesse: keine speziellen Klimafunktionen</p> <p>Klimaanpassung (Empfindlichkeit in Hinsicht auf den Klimawandel): keine Erkenntnisse über besondere Empfindlichkeiten</p> <p>Klimaschutz: Die bestehende Nutzung liefert keinen besonderen Beitrag zur Begrenzung des Klimawandels</p>	<p>keine Auswirkungen</p> <p>keine Auswirkungen</p> <p>keine Auswirkungen</p> <p>Durch die geplante Nutzungsänderung soll u.a. der Bau eines Wohnheims für Senioren und stationäre Pflege ermöglicht werden.</p> <p>Maßnahmen zur Begrenzung des Klimawandels sind im nachfolgenden Bebauungsplanverfahren zu prüfen.</p>	nicht erheblich
<b>Fazit</b>	Das wohnklimatisch günstige Stadtrandklima bleibt auch nach Durchführung der Planung erhalten.		
<b>Mensch,</b>	Umweltfaktoren mit Auswirkungen auf Menschen und ihre		erheblich

<b>Gesundheit, Bevölkerung</b>	Gesundheit		
	Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt, Landschaft: Der Änderungsbereich hat Bedeutung für die Erholung (Sport)	Verlust einer Erholungsfläche; kann durch Schaffung neuer Erholungsflächen im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung ausgeglichen werden.	
	Boden: Vorhandene Bodenbelastungen im Bereich der Grundschule wurden gesichert und stellen aktuell keine Gefahr dar. Im Bereich des Sportplatzes ist aufgrund der nur punktuell vorliegenden Untersuchungs-ergebnisse derzeit keine umfassende Beurteilung möglich.	Im nachfolgenden Bebauungsplanerverfahren sind weitere Gutachten und ggf. Maßnahmen erforderlich	
	Wasser: kein Überschwemmungsgebiet, kein Trinkwasserschutzgebiet, kein Trinkwassernotbrunnen vorhanden	.keine Auswirkungen	
	Luft: Keine Hinweise auf besondere Schadstoffbelastungen	keine Auswirkungen	
	Klima: Es liegt keine bioklimatische Belastung vor.	keine Auswirkungen	
	Lärm: Gemäß Umgebungslärmkartierung des LANUV von 2007 und des EBA von 2008 ist der gesamte Änderungsbereich erheblich durch Straßenverkehrslärm (Lden zwischen 55 und 65 dB(A), Lnight zwischen 50 und 55 dB(A)).und Schienenverkehrslärm (Lden teilweise zwischen 55 und 60 dB(A), Lnight zwischen 45 und 55 dB(A)) belastet. Eine zusätzliche Lärmquelle war der aufgegebene Sportplatz.	Die grundsätzliche Realisierbarkeit einer Wohnnutzung wurde durch ein schalltechnisches Prognosegutachten nachgewiesen. Die Erstellung eines vertiefenden Lärmgutachtens und die Festsetzung von Schallschutzmaßnahmen sind im nachgelagerten Bebauungsplanverfahren erforderlich.	
	Sonstige Emissionen / Immissionen: Allgemein: Trennungsgrundsatz nach § 50 BImSchG:	keine Auswirkungen	
	Seveso II: Fläche liegt nicht im Achtungsabstand eines Seveso-II- Betriebes	keine Auswirkungen	
	Abstandsklassen I-IV gem. Abstandserlass 2007: Fläche liegt nicht im Einflussbereich von Betrieben der Abstandsklasse I-IV gemäß Abstandserlass 2007		
	Einzelbeurteilungen von Emissionen und Immissionen:	keine Auswirkungen	
	Erschütterungen: keine Hinweise	keine Auswirkungen	
	Licht: keine Hinweise	keine Auswirkungen	
	Geruch: keine Hinweise	keine Auswirkungen	
	Elektromagnetische Felder: keine Hochspannungsleitungen;	keine Auswirkungen	

	Umspann-, oder Mobilfunkbasisanlagen vorhanden.  Sonstiges: In der Langforthstraße quert eine Ferngasleitung den Änderungsbereich.	Im nachfolgenden Bebauungsplanverfahren ist ein ausreichender Schutzabstand zur geplanten Wohnbebauung zu berücksichtigen.	
<b>Fazit</b>	Auswirkungen auf die Erholungsnutzung sind gegeben, Auswirkungen durch Lärm sind wahrscheinlich. Durch Minderungs-/Ausgleichsmaßnahmen können die Auswirkungen reduziert werden.		
<b>Kultur- und Sachgüter</b>	<p>Kulturgüter:</p> <p>rechtskräftig geschützte Baudenkmäler: keine</p> <p>rechtskräftig geschützte Bodendenkmäler: keine</p> <p>rechtskräftig geschützte Denkmalbereiche: keine</p> <p>Denkmalwerte Sachen / Sachgesamtheiten: keine</p> <p>Geschützte oder schützenswerte Objekte der Route der Industriekultur: keine</p> <p>Kulturlandschaftsbereich: keine</p> <p>Sachgüter: Überplanung vorh. Schulgebäude und Sportplatz; in der Langforthstraße quert eine Ferngasleitung den Änderungsbereich.</p>	<p>keine Auswirkungen</p> <p>keine Auswirkungen</p> <p>keine Auswirkungen</p> <p>keine Auswirkungen</p> <p>keine Auswirkungen</p> <p>keine Auswirkungen</p> <p>Aufgabe der Infrastrukturen wurde fachplanerisch vorbereitet, Bedarf ist nicht mehr gegeben; die Ferngasleitung bleibt bestehen; keine erheblichen Auswirkungen</p>	nicht erheblich
<b>Fazit</b>	Die Planung hat keine erheblichen Auswirkungen auf Kultur- und Sachgüter.		
<b>FFH-Prüfung</b>	Durch die Planung wird kein FFH-Gebiet (einschließlich Pufferstreifen) beeinträchtigt.		nicht relevant
<b>Prüfung Seveso II</b>	Der Änderungsbereich liegt nicht im Achtungsabstand eines Seveso-II-Betriebsbereiches.		nicht relevant
<b>Wechselwirkungen</b>	Es sind keine über das normale Maß hinausgehenden Wechselwirkungen zwischen den einzelnen Schutzgütern zu erwarten.		
<b>Auswirkungen bei Nichtdurchführung der Planung</b>	Die Fläche ist im rechtskräftigen RFNP flächennutzungsplanerisch als Gemeinbedarfsfläche dargestellt. Für den Planbereich liegt kein rechtskräftiger Bebauungsplan vor. Als Folgenutzung wäre somit nur eine neuerliche Gemeinbedarfsnutzung denkbar, deren Auswirkungen mit denen des Bestandes vergleichbar wären. Bei ausbleibender Folgenutzung würden die mit der Nutzung der Gemeinbedarfseinrichtungen verbundenen Emissionen (Straßenverkehrslärm, Sportlärm) entfallen.		
<b>Maßnahmen zur Vermeidung, Verringerung und zum Ausgleich</b>	Auf der Ebene der Bebauungsplanung sind gegebenenfalls Maßnahmen zur Vermeidung bzw. Verminderung von Konflikten mit den Schutzgütern Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt, Landschaft sowie Boden, Wasser und Mensch erforderlich. Die weitergehenden Planungsabsichten bedürfen eines Konzeptes zur Regenwasserbewirtschaftung.		
<b>Alternativenprüfung</b>	Bei den von einer geplanten Änderung der Nutzung betroffenen Teilen des Änderungsbereichs handelt es sich um öffentlich als Grundschulstandort bzw. als Sportplatz vorgenutzte Flächen. in integrierter städtischer Lage. Als alternative Entwicklungsmöglichkeit wäre lediglich eine freiraumbezogene Folgenutzung denkbar. Die Fläche weist aber lagebedingt kein relevantes Potenzial zur Grünvernetzung auf. Eine bauliche Nutzung der Fläche ist anderer-seits städtebaulich und infrastrukturell sinnvoll und fiskalisch erforderlich. Die angestrebte Nutzungsmischung aus Wohnen und Dienstleistungen ist standortgerecht. Alternativen zur Darstellung zusätzlicher Wohnbauflächen innerhalb des Siedlungszusammenhangs sind in Herne insgesamt und insbesondere im Stadtbezirk Sodingen nicht erkennbar.		

<b>Monitoring</b>	<p>Nach der Richtlinie 2001/42/EG über die Prüfung der Umweltauswirkungen bestimmter Pläne und Programme, dem Baugesetzbuch, dem Landesplanungsgesetz NRW und dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (§ 14 m UVPG) sind die erheblichen Auswirkungen der Durchführung der Pläne und Programme auf die Umwelt zu überwachen, um insbesondere frühzeitig unvorhergesehene, negative Auswirkungen zu ermitteln und geeignete Abhilfemaßnahmen ergreifen zu können.</p> <p>Die Durchführung des RFNP erfolgt in nachgeordneten, konkretisierenden Planungs- und Realisierungsstufen, sodass (unvorhergesehene) erhebliche Umweltauswirkungen frühestens im Rahmen der nachfolgenden Planungsstufen erkennbar werden und erst mit deren Durchführung tatsächlich eintreten. Detaillierte Überwachungsmaßnahmen können somit erst im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung bzw. nachfolgenden Planungs- u. Genehmigungsebenen festgelegt werden. Sofern sich eine Relevanz ergibt, fließen die dortigen Ergebnisse wiederum in das Monitoring zum RFNP ein.</p> <p>Das Monitoringkonzept für den RFNP (Gesamtplan) ist so aufgebaut, dass mit Hilfe von unterschiedlichen Bausteinen die gesamträumlichen Auswirkungen der Planung erfasst werden können (siehe Kapitel 11.2 des Umweltberichts im Rahmen der Aufstellung des RFNP i. d. F. der Bekanntmachung). Bei der Durchführung des Monitorings wird dann im Einzelfall überprüft, ob die in der genehmigten Fassung festgelegten Überwachungsinstrumente oder Indikatoren (siehe Kapitel 11, dortige Tabelle 21) an neue Erkenntnisse anzupassen sind. Es können jeweils nur die Indikatoren herangezogen werden, für die zu dem Zeitpunkt des Monitorings aktuelle Informationen vorliegen.</p> <p>Zur Auswertung der ermittelten Daten werden über die aufgeführten umweltrelevanten Daten hinaus die Ergebnisse der Raumb Beobachtung herangezogen. Bei Bedarf wird innerhalb der Planungsgemeinschaft eine Monitoringkonferenz durchgeführt, um zu ermitteln, welche Relevanz die festgestellten Umweltauswirkungen für den RFNP haben.</p> <p>Die Änderungen der Flächenbilanzen des Gesamtplanes im Zusammenhang mit den laufenden Änderungsverfahren werden als "gesamträumliche Betrachtung" ebenfalls im Rahmen des Monitorings fortgeschrieben.</p> <p>Das Monitoring des RFNP beginnt gemäß genehmigter Fassung sechs Jahre nach Rechtswirksamkeit des Planes, d. h. 2016.</p>
<b>Gesamtbeurteilung Fazit</b>	<p>Der Änderungsbereich ist erheblich durch Umweltauswirkungen (Altlasten und Lärm) vorbelastet. Eine Konfliktlösung hat auf Ebene der Bauleitplanung zu erfolgen. Die erforderlichen Untersuchungen und die Festlegung von Maßnahmen erfolgen im nachgeordneten Bebauungsplanverfahren.</p> <p>Konflikte mit den Schutzgütern Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt, Landschaft sowie Wasser und Mensch sind möglich, können jedoch absehbar auf der Ebene der Bebauungsplanung durch Maßnahmen zur Vermeidung, Verminderung und zum Ausgleich bewältigt werden.</p> <p>Die weitergehenden Planungsabsichten bedürfen eines Konzeptes zur Regenwasserbewirtschaftung.</p>
<b>Hinweise auf Schwierigkeiten / verwendete Verfahren / Bemerkungen / Sonstiges:</b>	keine

#### Allgemeinverständliche Zusammenfassung:

Mit dem Änderungsverfahren 19HER (Jürgens Hof) wird die Umnutzung der Standorte einer geschlossenen Grundschule und eines Sportplatzes in Wohnbauflächen planerisch vorbereitet. Die Änderungsfläche ist 8,8 ha groß und umfasst neben der Grundschule und dem Sportplatz eine Behindertenwerkstatt und eine Hauptschule, die aber erhalten werden. Die gesamte Fläche ist im RFNP bisher als Gemeinbedarfsfläche / Allgemeiner Siedlungsbereich (ASB) ausgewiesen. Der Änderungsbereich ist erheblich durch Umweltauswirkungen (Altlasten und Lärm) vorbelastet. Eine Konfliktlösung hat auf Ebene der Bauleitplanung zu erfolgen. Die erforderlichen Untersuchungen und die Festlegung von Maßnahmen finden im nachgeordneten Bebauungsplanverfahren statt.



**Stand:** 11.12.2015